

<b>Drucksache</b>	Drucksache-Nr.:
<b>der Kreisverwaltung Segeberg</b>	<b>DrS/2023/024-02</b>
öffentlich	

Fachdienst Gremien, Kommunikation, Controlling

Datum: 28.02.2023

Beratungsfolge:

Status      Sitzungstermin      Gremium

Ö            01.03.2023            Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

### **Ergänzender Prüfauftrag der CDU-Fraktion für ein Zuschussmodell zum Deutschlandticket im Rahmen der Schülerbeförderungssatzung**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die CDU-Fraktion beantragt die Prüfung eines Zuschussmodells zum Deutschlandticket im Rahmen der Schülerbeförderungssatzung. Dabei wird die Verwaltung gebeten, folgende Punkte zu prüfen und zu berechnen:

- Die Umsetzung eines allgemeinen Teil- und Vollzuschuss-Modells sowie die Abwicklung im OLAV für das Deutschland-Ticket.
- Die Vollbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Inhaber einer Schülerfahrkarte
- Die Teilbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Kinder und Jugendlichen für öffentliche und freie Schulen i.H. (inkl. Oberstufe, BBZ etc.) des im Jobticket veranschlagten 25 Prozent und der Zusatzförderung durch Bund und Land von weiteren 5 Prozent
- Die Vollbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Kinder und Jugendlichen für öffentliche und freie Schulen (inkl. Oberstufe, BBZ etc.)
- Die Teilbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Kinder und Jugendlichen für öffentliche und freie Schulen (inkl. Oberstufe, BBZ etc.) von 25 und 50 Prozent aus Kreismitteln, für den Fall das Schüler rechtlich nicht in „Jobticket-Vereinbarungen“ abgebildet werden können.

Um eine vergleichbare Handhabung in der Metropolregion Hamburg sicherzustellen, bitten wir zusätzlich um eine Gegenüberstellung der Zusatzleistungen der einzelnen Kreise des gemeinsamen RNVP.

## Zusammenfassung:

### Sachverhalt:

s. Anlage

### Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja:

Darstellung der einmaligen Kosten, Folgekosten

Mittelbereitstellung

Teilplan:

In der Ergebnisrechnung

Produktkonto:

In der Finanzrechnung investiv

Produktkonto:

Der Beschluss führt zu einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung bzw. Auszahlung in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro  
(Der Hauptausschuss ist an der Beschlussfassung zu beteiligen)

Die Deckung der Haushaltsüberschreitung ist gesichert durch Minderaufwendungen bzw. -auszahlungen beim Produktkonto:

Mehrerträge bzw. -einzahlungen beim Produktkonto:

### Steuerliche Relevanz

Einschätzung durch den FD 20.00 erfolgt

Keine steuerliche Relevanz gegeben

### Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen sind betroffen:

Nein

Ja:

### Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen wurden berücksichtigt:

Nein

Ja:

**Anlage/n:**

Prüfauftrag Schülerticket

CDU Kreistagsfraktion Segeberg | Lohe 12 | 24641 Stukenborn

An Herrn Kreispräsident

Claus-Peter Dieck

**Der Fraktionsvorsitzende  
Torsten Kowitz**

Lohe 12  
24641 Stukenborn

☎: 0162 / 357 43 95

E-Mail: cduktse@gmail.com

Stukenborn, den 27.02.2023

### Antrag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Prüfung eines Zuschussmodells zum Deutschlandticket im Rahmen der Schülerbeförderungssatzung. Dabei wird die Verwaltung gebeten, folgende Punkte zu prüfen und zu berechnen:

- Die Umsetzung eines allgemeinen Teil- und Vollzuschuss-Modells sowie die Abwicklung im OLAV für das Deutschland-Ticket.
- Die Vollbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Inhaber einer Schülerfahrkarte
- Die Teilbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Kinder und Jugendlichen für öffentliche und freie Schulen i.H. (inkl. Oberstufe, BBZ etc.) des im Jobticket veranschlagten 25 Prozent und der Zusatzförderung durch Bund und Land von weiteren 5 Prozent
- Die Vollbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Kinder und Jugendlichen für öffentliche und freie Schulen (inkl. Oberstufe, BBZ etc.)
- Die Teilbezuschussung des Deutschlandtickets für alle Kinder und Jugendlichen für öffentliche und freie Schulen (inkl. Oberstufe, BBZ etc.) von 25 und 50 Prozent aus Kreismitteln, für den Fall das Schüler rechtlich nicht in „Jobticket-Vereinbarungen“ abgebildet werden können.

Um eine vergleichbare Handhabung in der Metropolregion Hamburg sicherzustellen, bitten wir zusätzlich um eine Gegenüberstellung der Zusatzleistungen der einzelnen Kreise des gemeinsamen RNVP.

### Begründung:

Mit der Einführung des Deutschlandticket wird eine feste monetäre Größe im ÖPNV eingeführt.

Die Bundesländer und der Verband deutscher Verbandsunternehmen verhandeln derzeit aber noch an einer Jobticketvariante des Deutschlandtickets. Wie bei bisherigen Jobtickets sollen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern auch die Jobticket-Variante des 49-Euro-Tickets anbieten können, so Bund und Länder. Der monatliche Preis für das Deutschlandticket kann für Arbeitnehmer dann auch bis zu 30 Prozent günstiger ausfallen. Beteiligt sich der Arbeitgeber zu mindestens 25 Prozent an den Kosten des 49-Euro-Tickets, gibt es von Bund und Ländern nochmals einen Abschlag von fünf Prozent.

Daher bitten wir um Prüfung und Wiedervorlage des Sachverhaltes.

Torsten Kowitz